

Positionspapier zum Investitionsprogramm: Sanierungsstau bis 2024 vollständig beseitigen

1. Der Investitionsbedarf ist deutlich höher als von der Landesregierung angegeben

Mit dem Infrastrukturbericht hat die Landesregierung den Sanierungs- und Investitionsbedarf der Infrastruktur in Schleswig-Holstein Ende 2014 auf 4,85 Mrd. Euro beziffert. Tatsächlich ist davon auszugehen, dass der Investitionsbedarf diese Summe aus mehreren Gründen deutlich überschreitet:

1.1. Preissteigerungen wurden nicht berücksichtigt

Nahezu ein Viertel des Investitionsbedarfs entfällt auf den Bereich Straßen, Radwege, Brücken und Tunnel. Der hierfür ausgewiesene Mittelbedarf basiert jedoch noch auf den Preisen des Jahres 2013. Schon bei Vorlage des Infrastrukturberichtes hatte sich der Investitionsbedarf somit durch die Baupreissteigerung des Jahres 2014 weiter erhöht. Noch viel gravierender als die nicht berücksichtigte Baupreissteigerung des Jahres 2014 ist die Tatsache, dass für den gesamten Infrastrukturbericht und dessen zehnjährigen Betrachtungszeitraum bis zum Jahr 2024 keinerlei Baupreissteigerungen berücksichtigt worden sind. Bei Zugrundlegung einer jährlicher Preissteigerungen von 1 Prozent erhöht sich der Investitionsbedarf im Betrachtungszeitraum bereits um rund 500 Mio. Euro.

1.2. Der angegebene Investitionsbedarf basiert nicht durchgängig auf aktuellen Zahlen

So wurde im Bereich Küstenschutz für die Ermittlung des Investitionsbedarfs auf den Generalplan Küstenschutz aus dem Jahr 2012 zurückgegriffen. Im Bereich der IT-Netze stammt die Ermittlung des Investitionsbedarfs aus dem Jahr 2013. Angesichts der gegenüber 2012 jährlich reduzierten Investitionsausgaben des Landes ist der Sanierungsstau in der Zwischenzeit weiter gewachsen.

1.3. Der ausgewiesene Investitionsbedarf ist unvollständig

Im Bereich der Investitionen in Hochschulen / UKSH finden sich gleich mehrere Hinweise darauf, dass der dargestellte Investitionsbedarf nicht vollständig erfasst worden ist. So heißt es wörtlich "Es gibt darüber hinaus weitere Bedarfe, die mangels

Aussicht auf Finanzierbarkeit bisher noch nicht näher betrachtet wurden." Gerade die Ermittlung des gesamten Investitionsbedarfs unabhängig von der Finanzierbarkeit wäre aber eigentlich Sinn und Zweck des Infrastrukturberichts gewesen. Bei den Bauunterhaltungsmitteln ist weiterhin die Rede davon, dass diese "mindestens" auf den angegebenen Wert erhöht werden müssten. Nach Aussage des Infrastrukturberichts sind zudem keine Investitionsmittel berücksichtigt, die für die Umsetzung des Ziels der Klimaneutralität erforderlich wären.

1.4. Deckungslücken bei Infrastruktur in Verantwortung Dritter bleibt unberücksichtigt

Im Bereich der Breitbandnetze wird der Investitionsbedarf für einen flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes auf bis zu 6 Mrd. Euro beziffert. Laut dem Infrastrukturbericht beläuft sich der Mittelbedarf zur Unterstützung dieser privaten Investitionen lediglich auf 96 Millionen Euro. Weshalb der Landesanteil beim Ausbau der Breitbandnetze gerade einmal 1,6 Prozent der Gesamtinvestitionen ausmachen soll, ist aus dem Bericht in keiner Weise ersichtlich. Bei einem Landesanteil von 5 Prozent würde sich der Investitionsbedarf um mehr als 200 Mio. Euro erhöhen.

Im Bereich Wohnungsbau wird darauf verwiesen, dass für die Förderung von rd. 300 zusätzlichen Wohneinheiten pro Jahr die erforderliche Finanzierung von 20 bis 30 Mio. Euro durch die Investitionsbank nicht sichergestellt werden könne. Ferner wird angeführt, dass "die Mittel zur Bestandssanierung in Höhe von 3 Mrd. Euro landesseitig nicht aufgebracht werden können". Ebenso fehlt es laut Infrastrukturbericht an mindestens 20 Mio. Euro für gemeinschaftliches Wohnen von Flüchtlingen - angesichts der Flüchtlingsentwicklung in diesem Jahr dürfte sich diese Zahl mittlerweile deutlich erhöht haben.

Der landesseitige Investitionsbedarf für Breitbandausbau und Wohnungsbau wird mit den vom Infrastrukturbericht ermittelten Summen für den Mittelbedarf (4,85 Mrd. Euro) und die Finanzierungslücke (2,13 Mrd. Euro) überhaupt nicht erfasst. Das gleiche gilt mit den ausgewiesenen Deckungslücken beim Landesanteil an kommunalen Investitionsprojekten. Dabei ist zudem der Sanierungsstau und daraus

resultierende Investitionsbedarf an kommunalen Sportstätten unberücksichtigt geblieben.

Fazit:

Der ausgewiesene Investitionsbedarf von 4,85 Mrd. Euro erweckt den Anschein einer mathematischen Genauigkeit, die bei zum Teil veralteten sowie unvollständigen Zahlen und ohne Berücksichtigung von Preissteigerungen überhaupt nicht gegeben ist.

In den ausgewiesenen Summe für Mittelbedarf und Finanzierungslücke sind zudem wichtige Bereiche wie Breitbandausbau, Wohnungsbau und die Deckungslücken beim Landesanteil an kommunalen Investitionsprojekten überhaupt nicht berücksichtigt.

Unter Einbeziehung von Preissteigerungen, zusätzlichem Investitionsbedarf an den Hochschulen, der Aufstockung von Mitteln für Breitbandausbau und Wohnungsbau sowie der vorhandenen Deckungslücken beim Landesanteil an kommunalen Investitionsprojekten ist von einem Investitionsbedarf von mindestens 6 Mrd. Euro auszugehen. Angesichts der in der Finanzplanung eingestellten Investitionsmittel von 2,7 Mrd. Euro beläuft sich der offene Finanzierungsanteil somit auf rund 3,3 Mrd. Euro anstelle der von der Landesregierung bezifferten 2,13 Mrd. Euro.

2. Das Investitionsprogramm IMPULS der Landesregierung ist nicht geeignet, um den Sanierungstau vollständig abzubauen

Das Investitionsprogramm Impuls der Landesregierung sieht vor, ab dem Jahr 2018 die Investitionsmittel um 100 Mio. Euro jährlich anzuheben. Weitere 50 Mio. Euro jährlich sollen aus dem laufenden Haushaltsvollzug erwirtschaftet und für Investitionen verwandt werden. Ein vollständiger Abbau des Sanierungstaus wird mit diesem Programm aus verschiedenen Gründen nicht gelingen:

2.1. Impuls kommt zu spät

Der Beginn des Investitionsprogramms Impuls im Jahr 2018 bedeutet, dass in den Jahren 2016 und 2017 die Investitionen auf unzureichendem Niveau fortgeführt werden. Mit dem Haushalt 2016 werden die Investitionen gegenüber dem Vorjahr sogar weiter gekürzt. Genau diese unzureichenden Investitionen haben in der Vergangenheit zu dem

aufgelaufenem Sanierungsstau geführt. Erst 2018 zu handeln bedeutet, dass der Sanierungsstau bis dahin weiter wächst.

2.2. Impuls führt zu keiner Erhöhung der Investitionen

Im Jahr 2012 lagen die Investitionsausgaben noch bei 785 Mio. Euro. Im ersten Jahr unter Rot/Grün/Blau sanken die Investitionen auf 730 Mio. Euro und gingen im Jahr 2014 weiter auf 652 Mio. Euro zurück. Auch im Haushaltsentwurf 2016 bleiben die Investitionsausgaben auf dem niedrigen Niveau von 658 Mio. Euro. Mit dem Investitionsprogramm Impuls sollen die Investitionsausgaben in 2018 dann auf 765 Mio. Euro angehoben werden, um in den Folgejahren wieder auf 736 Mio. Euro abzusinken. Mit Impuls erreicht das Investitionsniveau somit zu keinem Zeitpunkt das Niveau vor Beginn der Rot/Grün/Blauen Regierungszeit. Es werden lediglich die in den Jahren 2013 bis 2017 vorgenommenen Kürzungen rückgängig gemacht. Stagnierende Investitionsausgaben bei einem stetig wachsenden Haushaltsvolumen beuten nichts anderes, als dass die Investitionsquote immer weiter fällt und in 2025 mit nur noch 5,5 Prozent einen absoluten Tiefpunkt erreicht.

2.3. Impuls ist nicht fristenkongruent

Der im Infrastrukturbericht angegebene Investitionsbedarf wurde für den Zeitraum 2015 bis 2024 ermittelt. Das Investitionsprogramm Impuls bezieht sich dagegen auf den Zeitraum 2018 bis 2030. Die von der Landesregierung bis 2024 festgestellte Finanzierungslücke soll offenbar durch das Programm Impuls erst bis 2030 ausgeglichen werden. Dabei bleibt unberücksichtigt, dass in den Jahren 2025 bis 2030 - also über 6 Jahre - weiterer jährlicher Investitionsbedarf besteht, der von Impuls überhaupt nicht erfasst wird.

2.4. Impuls ist zu langsam

Ein nicht beseitigter Sanierungsbedarf zieht weitere Substanzverluste nach sich: Bei einem beschädigten Dach fangen allmählich auch die Dachbalken an zu verrotten. Schlaglöcher in der Straße werden immer tiefer, bis zuletzt auch der Straßenunterbau Schaden nimmt. Mit jedem Jahr, in dem eine Sanierung unterbleibt, wächst daher der Sanierungsstau weiter an. Wenn daher der bis 2024 ermittelte Investitionsbedarf nicht im gleichen Zeitraum umgesetzt wird, führt ein langsamerer, bis 2030 gestreckter Mitteleinsatz zu genau diesen Effekten, wodurch sich Sanierungsstau und Investitionsbedarf weiter erhöhen.

2.5. Impuls ist zu gering bemessen

Stellt man die von der Landesregierung ermittelte Finanzierungslücke von 2,13 Mrd. Euro dem Programm Impuls gegenüber, so verbleibt bei einer Programmdauer von 13 Jahren und einem jährlichen Mitteleinsatz von 150 Mio. Euro - insgesamt somit 1,95 Mrd. Euro - immer noch eine Finanzierungslücke von 180 Mio. Euro. Betrachtet man das Programm Impuls nur für den Zeitraum, für den der Investitionsbedarf ermittelt wurde, nämlich bis zum Jahr 2024 so steht der Finanzierungslücke von 2,1 Mrd. Euro lediglich ein Mitteleinsatz von 1,05 Mrd. Euro (7 Jahre à 150 Mio. Euro) gegenüber. Damit wäre gerade einmal die Hälfte der Finanzierungslücke bis 2024 geschlossen. Berücksichtigt man ferner die in Kapitel 1 dargestellte Mängel des Infrastrukturberichts, wie unberücksichtigte Preissteigerungen und unvollständige Erfassung, so wird durch Impuls weniger als ein Drittel der Finanzierungslücke von 3,3 Mrd. Euro bis 2024 geschlossen.

Fazit:

Das Investitionsprogramm Impuls ist nicht geeignet, den Sanierungsstau abzubauen, weder bis 2024 noch bis 2030. Auch mit Impuls sind die Investitionsmittel zukünftig zu gering bemessen und werden außerdem zu spät und zu langsam eingesetzt, um dem Sanierungsstau wirksam zu begegnen.

3. Drei-Säulen-Modell für einen vollständigen Abbau des Sanierungsstaus

Erklärtes Ziel der CDU-Fraktion ist es, den erkannten Sanierungsstau vollständig abzubauen. Der mit dem Infrastrukturbericht bis 2024 aufgezeigte Investitionsbedarf muss dafür auch tatsächlich innerhalb der nächsten 10 Jahre in Baumaßnahmen umgesetzt werden und nicht erst bis zum Jahr 2030. Außerdem braucht es eine Antwort auf den durch Preissteigerungen und bislang unberücksichtigte Projekte erhöhten Investitionsbedarf. Die Verwirklichung dieser Ziele kann nach Auffassung der CDU-Fraktion mit einem Drei-Säulen-Modell realisiert werden:

3.1. Investitionsmittel schon 2016 erhöhen und in den Folgejahren dynamisieren

Anstatt die Investitionsausgaben erst in 2018 anzuheben, bedarf es nach Überzeugung der CDU-Fraktion bereits einer Mittelaufstockung ab dem Jahr 2016. Schon zum Haushalt 2015 hatte die CDU-Fraktion eine Anhebung der Investitionen um rund 70 Mio. Euro

beantragt. Diese Erhöhung ist in 2016 um so dringlicher. Der von der Landesregierung auf 658 Mio. Euro reduzierte Investitionsansatz würde damit wieder auf 728 Mio. Euro angehoben werden, was dem Niveau des Jahres 2013 entspricht.

Die Anhebung der Investitionsausgaben ist durch Umschichtungen zu Lasten konsumtiver Ausgabetitel zu realisieren. Angesichts eines Ausgabenanstiegs von 1,3 Mrd. Euro zwischen 2012 und 2016 ist eine Umschichtung von gerade einmal 70 Mio. Euro oder 5,4% der gestiegenen Ausgaben realistisch - wie die CDU-Fraktion mit ihrem Haushaltsantrag 2015 im Übrigen unter Beweis gestellt hat.

Ab dem Jahr 2018 wird der Investitionsansatz dann um weitere 100 Mio. Euro erhöht, wie von der Landesregierung mit dem Programm Impuls in der Finanzplanung bereits berücksichtigt. Die Investitionen erreichen damit ein Volumen von 835 Mio. Euro jährlich. Dies entspricht einer echten Steigerung gegenüber dem Stand von 785 Mio. Euro im Jahr 2012.

Um Baupreissteigerungen auszugleichen darf der Investitionszuschlag von 100 Mio. in den Folgejahren nicht wie von der Landesregierung in dieser Höhe eingefroren werden, sondern muss jährlich um 10 Mio. Euro anwachsen.

Die Anhebung der Haushaltsansätze ab 2016 in Verbindung mit dem Programm Impuls in dynamisierter Form führt zu folgenden Investitionsausgaben:

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Investitionsausgaben ohne Impuls gem. Finanzplanung	659	679	665	652	636	638	643	643	636
+ CDU-Forderung von 70 Mio. Euro ab 2016	70	70	70	70	70	70	70	70	70
+ Impuls von 100 Mio. Euro ab 2018			100	100	100	100	100	100	100
+ jährliche Dynamisierung um 10 Mio. Euro				10	20	30	40	50	60
Summe	729	749	835	832	826	838	853	863	866
Differenz	70	70	170	180	190	200	210	220	230

Mit diesen erhöhten Haushaltsansätzen wird die ermittelte Investitionslücke von 3,3 Mrd. Euro bis zum Jahr 2024 um nahezu die Hälfte, nämlich exakt um 1,54 Mrd. Euro, geschlossen.

3.2. Haushaltsüberschüsse vollständig für Investitionen einsetzen

Werden zum Ende eines Haushaltsjahres durch konjunkturelle Steuermehreinnahmen oder durch nicht vollständig ausgeschöpfte Ausgabenansätze Haushaltsüberschüsse erzielt, so werden diese bislang - wie im Jahr 2013 geschehen - zur Schuldentilgung eingesetzt.

Es ist erklärte Absicht der CDU-Fraktion den in den vergangenen 50 Jahren aufgehäuften Schuldenberg des Landes von 27 Mrd. Euro möglichst in dem gleichen Zeitraum zu tilgen und damit zu beginnen, sobald bei Einhaltung der Schuldenbremse freie Haushaltsspielräume bestehen. Neben den offen ausgewiesenen Bank- und Kapitalmarktschulden von 27 Mrd. Euro handelt es sich bei dem ermittelten Sanierungstau allerdings ebenfalls um eine Form von Verschuldung, die sich von den Bank- und Kapitalmarktschulden lediglich dadurch unterscheidet, dass sie nicht offen im Haushalt ausgewiesen ist, sondern verdeckt besteht.

Angesichts des historisch niedrigen Zinsniveaus ist es aus Verantwortung für künftigen Generationen geboten, die damit einhergehenden Zinsersparnisse für einen Schuldenabbau einzusetzen. In Abwägung der politischen Prioritätensetzung bekennen wir uns mit diesem Positionspapier zu einem Vorrang für die Beseitigung der verdeckten Verschuldung gegenüber einer Tilgung der Bank- und Kapitalmarktschulden. Wir werden bei dieser Prioritätensetzung von dem Gedanken geleitet, dass eine Tilgung von Bank- und Kapitalmarktschulden zwar mit Zinsersparnissen für das Land verbunden ist, diese aber von den wirtschaftlichen Effekten einer intakten Verkehrsinfrastruktur, sanierten Hochschulen und Krankenhäusern sowie einer landesweiten Breitbandversorgung bei Weitem übertroffen werden - zumal wenn sich das Zinsniveau weiter auf dem derzeit niedrigen Niveau bewegt.

Mit der Bilanz des ersten Halbjahres 2015 konnte die Finanzministerin einen Haushaltsüberschuss von 150 Mio. Euro verkünden. Mit den Zahlen per Ende Juli war dieser bereits auf über 300 Mio. Euro angestiegen. Es erscheint somit realistisch, dass das Jahresergebnis 2015 nicht mit einer Kreditaufnahme von geplanten 178 Mio. Euro, sondern stattdessen mit einem Haushaltsüberschuss im dreistelligen Millionenbereich abschließt. Wir schlagen deshalb vor, dass der Landtag rechtzeitig vor dem Jahresende die gesetzlichen Maßnahmen ergreift, um die Landesregierung zu ermächtigen, den sich abzeichnenden Jahresüberschuss nicht für eine Schuldentilgung sondern in voller Höhe

zugunsten der Bildung eines Sondervermögens zum Abbau des Sanierungsstaus zu verwenden.

Sollte sich mit dem Haushalt 2016 abweichend von der geplanten Netto-Kreditaufnahme von 52 Mio. Euro ebenfalls ein Haushaltsüberschuss ergeben, so wäre auch dieser in voller Höhe dem Sondervermögens Sanierungsstau zuzuführen. Ab dem Jahr 2017 sind in der Finanzplanung der Landesregierung jährliche Haushaltsüberschüsse eingeplant, die nach diesem Vorschlag ebenfalls vollständig der Aufstockung der Investitionsmittel zum Abbau des Sanierungsstaus zugute kämen. Wenn es der Landesregierung darüber hinaus tatsächlich gelingt, ab 2018 im Rahmen des Haushaltsvollzugs, zusätzlich zu den ohnehin geplanten Überschüssen, weitere 50 Mio. Euro jährlich zu erwirtschaften, könnten auch diese zu einer Aufstockung der Sondervermögens verwendet werden.

Bis zum Jahr 2024 würden auf diese Weise folgende Mittel für das Sondervermögen Sanierungsstau generiert werden:

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Jahresüberschuss gem. Finanzplanung	(> 150)	???	1	89	182	51	83	81	81	83
+ Erwirtschaftung aus dem lfd. Haushalt gem. Impuls Haushalt gem.				50	50	50	50	50	50	50
Summe			1	139	232	101	133	131	131	133

Für den Zeitraum 2017 bis 2024 beziffern sich die Zuführungen zum Sondervermögen auf 1 Mrd. Euro. Hinzu käme der voraussichtliche Überschuss des Jahres 2015 von > 150 Mio. Euro sowie möglicherweise ein Überschuss aus dem Jahr 2016.

Die ermittelte Investitionslücke von 3,3 Mrd. Euro wäre damit durch die Anhebung der Haushaltsansätze um kumuliert 1,54 Mrd. Euro und durch das Sondervermögen Sanierungsstau von ca. 1,15 Mrd. Euro zu über 80 Prozent geschlossen.

3.3. Verstärkte Nutzung von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP)

Wie sich gezeigt hat, lässt sich durch die vorgeschlagene Aufstockung der Investitionsansätze im Haushalt sowie durch die vollständige Zuführung aller Jahresüberschüsse die bis 2024 bestehende Investitionslücke von 3,3 Mrd. Euro nicht vollständig beseitigen.

Bei der Heranziehung von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) wäre es falsch zu glauben, dass damit private Investoren gewonnen würden, die diese Lücke schließen. Erst recht handelt sich bei ÖPP-Modellen nicht um eine Form von Privatisierung. ÖPP ist stattdessen eine Form der Auftragsvergabe, bei der Planung, Bau und Betrieb aus einer Hand erfolgen. Damit wird sichergestellt, dass über den gesamten Lebenszyklus eines Investitionsprojektes die wirtschaftlichste Umsetzung gewählt wird.

Die Einbeziehung der Finanzierung in das ÖPP-Modell dient ausschließlich dem Zweck, die Einhaltung der vertraglich zugesicherten Leistungen des privaten Partners über den gesamten Lebenszyklus von 20 bis 30 Jahre sicherzustellen, da ansonsten die vom öffentlichen Auftraggeber zu zahlenden jährlichen Nutzungsentschädigung einbehalten werden würden. Klar ist aber: Auch bei ÖPP sind die gesamten Investitionsmittel von der öffentlichen Hand aufzubringen, dieses geschieht nur nicht nach Baufortschritt, sondern über den gesamten Lebenszyklus verteilt.

ÖPP-Modelle können damit in doppelter Weise zum Schließen der verbliebenen Investitionslücke beitragen: Zum Einen indem sie durch den Lebenszyklus-Ansatz zu einer Reduzierung von Bau- und Betriebskosten beitragen, zum Anderen indem durch die Vorfinanzierung des privaten Partners die Investitionsprojekte bis 2024 umgesetzt werden können und die dafür erforderlichen Investitionsmittel erst im Laufe der anschließenden Nutzungsdauer aufgebracht werden müssen.

Konkret schlagen wir vor, für die Sanierung der Christian-Albrechts-Universität einen umfassenden baulichen Masterplan zu definieren und diesen ebenso wie beim UKSH durch ein ÖPP-Modell zu realisieren. Die derzeitigen Überlegungen der Landesregierung zur Sanierung eines Teils der Angerbauten mittels ÖPP greifen deutlich zu kurz. Die bauliche Sanierung der gesamten CAU in einem Stück gibt Universität und privatem Partner den Gestaltungsspielraum, ein architektonisches Gesamtkonzept zu entwickeln, welches die Prämissen des Raumbedarfs mit den wirtschaftlichsten Bau- und Betriebskosten zu einem Optimum verbindet.

Nach der erfolgreichen Sanierung der Landesstraße 192 mittels ÖPP sollten weitere Streckenabschnitte mit Hilfe von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften saniert werden. Neben der Grundinstandsetzung von Landesstraßen kommen dafür insbesondere auch

teure Brückenbauwerke in Betracht. Bei der Sanierung von Landesstraßen mittels ÖPP ist zu berücksichtigen, dass durch die Übernahme des Betriebs - also z.B. von Winterdienst und Ausbesserungsarbeiten - durch den privaten Partner, unter Umständen die Auslastung der bestehenden Straßenmeistereien des Landesbetriebs für Straßenbau und Verkehr anschließend nicht mehr gegeben sein könnte. In diesem Fall wäre sicherzustellen, dass für die Dauer des Projekt-Lebenszyklus für alle betroffenen Mitarbeiter eine Arbeitnehmerüberlassung an den privaten Partner zu identischen Entgeltkonditionen und Arbeitnehmerrechten erfolgt.

Ingesamt gehen wir davon aus, dass bei einem Investitionsbedarf von 1,136 Mrd. Euro für Straßen, Radwege, Brücken und Tunnel sowie von mindestens 663 Mio. Euro für Hochschulen - zusammen somit 1,8 Mrd. Euro - ein Drittel und damit 600 Mio. Euro mittels ÖPP realisiert werden könnten.

4. Schnelle Umsetzung ab dem Jahr 2016

Gemäß dem Vorschlag der CDU-Fraktion stehen bereits im kommenden Jahr zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 70 Mio. Euro für Investitionen zur Verfügung. Wie schon mit dem Haushalt 2014 beantragt, kann hierdurch der Haushaltstitel für Investitionen des Landesbetrieb Straßenbau- und Verkehr soweit aufgestockt werden, dass die gemäß Straßenzustandsbericht erforderlichen 90 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung stehen, um den Sanierungsstau der Landesstraßen innerhalb von 10 Jahren zu beseitigen. Angesichts der Tatsache, dass die Hälfte der von der Landesregierung ermittelten Finanzierungslücke auf den Bereich der Verkehrssysteme (Straßen, Radwege, Brücken und Tunnel) entfällt, erscheint es auch angemessen, hier die oberste Priorität zu setzen und schnellstmöglich zu handeln.

Mit den Mitteln des sich abzeichnenden Jahresüberschuss 2015 wird Ende Dezember 2015 zunächst das Sondervermögen Sanierungsstau gespeist. Diese Gelder dürfen allerdings unter keinen Umständen anschließend drei Jahre lang ungenutzt auf dem Konto liegen und erst ab 2018 für Investitionen eingesetzt werden. Die Bildung eines Sondervermögens zum Abbau des Sanierungsstaus muss vielmehr mit verstärkten Anstrengungen einhergehen, die identifizierten Investitionsmaßnahmen schnellstmöglich zu realisieren. Unabhängig

von politischen Prioritätensetzungen muss gelten: Jede fertig geplante und mit Baurecht
versehene Investitionsmaßnahme ist sofort umzusetzen!

Insbesondere in den Bereichen Krankenhausfinanzierung, Breitbandausbau und Wohnungsbau sollte es möglich sein, die Mittel des Sondervermögens Sanierungsstau kurzfristig bereits ab 2016 einzusetzen:

- Im Bereich der Krankenhausfinanzierung sind die vorhandenen Mittel bis 2020 gebunden, zusätzlich liegen dem MSGWG gemäß Infrastrukturbericht mittlerweile neue Anträge mit einem Fördervolumen von 324 Mio. Euro vor. Die Mittel des Sondervermögens Sanierungsstau könnten somit in 2016 genutzt werden, um kurzfristig zusätzliche Anträge zur Krankenhausfinanzierung zu genehmigen.
- Planungs- und Genehmigungsverfahren für das Verlegen von Leerrohren zur Vorbereitung des Breitbandausbaus im ländlichen Raum sollten im Vergleich zu komplexen Tief- und Hochbaumaßnahmen so kurzfristig umsetzbar sein, dass noch 2016 mit der Bauausführung begonnen werden kann.
- Bei der Finanzierungslücke im Wohnungsbau geht es insbesondere darum, der Investitionsbank zusätzliche Mittel für die Wohnraumförderung zur Verfügung zu stellen. Dieses könnte ebenfalls aus dem Sondervermögen Sanierungsstau erfolgen und somit bereits in 2016 wirksam werden, so dass zusätzlich Förderanträge von Investitionsbank noch im selben Jahr genehmigt werden können.

5. Fazit: Mit CDU-Politik ist der Sanierungsstau 2024 Vergangenheit

Durch die Einbeziehung von Baupreissteigerungen und bislang im Infrastrukturprogramm der Landesregierung nicht berücksichtigten Investitionsmaßnahmen steigt der gesamte Investitionsbedarf von 4,85 Mrd. Euro auf mindestens 6 Mrd. Euro. Die Investitionslücke erhöht sich damit von 2,13 Mrd. Euro auf 3,3 Mrd. Euro.

Mit der Anhebung der Haushaltsansätze um kumuliert 1,54 Mrd. Euro im Zeitraum 2016 bis 2024, mit der Zuführung sämtlicher Haushaltsüberschüsse im Zeitraum 2015

bis 2024 von ca. 1,15 Mrd. Euro in ein Sondervermögen Sanierungsstau und mit der Realisierung von ÖPP-Projekten im Volumen von 600 Mio. Euro wird die Investitionslücke von 3,3 Mrd. Euro bis 2024 vollständig geschlossen.

So ist der Sanierungsstau der Infrastruktur in Schleswig-Holstein nach 2024 Vergangenheit! Hierfür erforderlich ist der politische Wille zum Einsatz der von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Mittel ebenso wie für die Nutzung von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften. Außerdem ist die technische Umsetzung von Planung und Bauaufsicht sicherzustellen und zu beschleunigen.